

betreffend Beschäftigte in Privathaushalten

Der „Wirtschaftssektor Privathaushalte“ ist in den letzten Jahren in urbanen Regionen wie Basel, Zürich oder Genf immer wichtiger geworden. Private Haushalte (Familien, aber auch Einzelpersonen) stellen für Haushaltsarbeiten (putzen, waschen, bügeln, Kinderbetreuung,...) immer häufiger jemanden an. Einige Zahlen dazu: Jörg Brechbühl (paritätische Kommission Reinigungsbranche) schätzte 2005 (NZZ vom 23.2.05), dass in der Schweiz 250'000 Personen in der Reinigungsbranche arbeiten, 60'000 bei Reinigungsunternehmen, die restlichen 190'000 freiberuflich oder für die öffentliche Hand. Gemäss einer Studie des Uniprofessors Yves Flückiger entspricht der Sektor der privaten Haushalte im Kanton Genf mehr als 9000 Vollzeitstellen. Damit kommt er an 5. Stelle, was die Anzahl der Beschäftigten betrifft. Eine grosse Anzahl der Beschäftigten in privaten Haushalten sind aussereuropäische MigrantInnen ohne Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung (Sans-Papiers).

Weder im bisherigen Gesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) noch im neuen Ausländergesetz (AUG) ist eine Möglichkeit vorgesehen, dass Hausangestellte aus Nicht-EU-Ländern eine Aufenthaltsbewilligung erhalten können, um legal hier zu arbeiten (z.B. über Kontingente).

Die Behörden hoffen offenbar, dass die wirtschaftliche Nachfrage im Rahmen der bilateralen Verträge mit der EU geregelt werden kann, indem neue Frauen (und wenige Männer...) aus Osteuropa regulär zuwandern und die bisher in diesem Sektor arbeitenden Sans-Papiers-Frauen vorwiegend aus Lateinamerika verdrängen.

In diesem Zusammenhang bittet die Interpellantin um Beantwortung folgender Fragen:

1. Gibt es Schätzungen der Kantone BS/BL über das gesamte Arbeitsvolumen in Privathaushalten der Region, welches von bezahlten Arbeitnehmerinnen verrichtet wird?
2. Kann diese Schätzung aufgeschlüsselt werden nach Kategorien, nämlich: GrenzgängerInnen, AusländerInnen mit legalem Wohnsitz in BS/BL, SchweizerInnen mit Wohnsitz in BS/BL, Sans-Papiers?
3. Wie viele Menschen aus den neuen EU-Ländern sind bisher im Rahmen der bilateralen Verträge nach BS eingewandert, um hier einer Arbeit nachzugehen?
4. Wie viele davon arbeiten als Hausangestellte? Wie viele in andern Sektoren?
5. Gibt es Schätzungen darüber, wie viele der neu zugelassenen Frauen und Männer schon vorher irregulär in Basel gearbeitet haben und jetzt ihren Aufenthalt im Rahmen der bilateralen Verträge regeln konnten?
6. Wenn sich die aktuelle Entwicklung nicht mit der erhofften Einwanderung deckt, sind von Seiten des Bundes oder der Kantone Rekrutierungsaktionen für Hausangestellte in den EU-Ostländern geplant?
7. Sind Aktivitäten geplant, um die Arbeitsbedingungen von regulär und irregulär im Bereich der Hausarbeit aktiven ArbeitnehmerInnen zu verbessern und zu normalisieren?
8. Die Strategie des Bundes zur Lösung der Sans-Papiers-Frage im Bereich der Haushalte zielt darauf ab, die z.T. schon viele Jahre in der Schweiz lebenden und arbeitenden irregulär anwesenden MigrantInnen durch neu zuziehende MigrantInnen aus O-Europa zu verdrängen. Erachtet BS diese Strategie als sinnvoll und erfolgversprechend?
9. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass es auch aus dem Blickwinkel der Integration unsinnig ist, bereits viele Jahre in der Schweiz lebende und erwiesenermassen leistungswillige MigrantInnen durch neu zuziehende MigrantInnen zu ersetzen?

Margrith von Feiten